



## **Neufassung der Wahlordnung der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg**

Stand: 3.8.2008 12.00 Uhr

Vom 8. März 2008 (Psychotherapeutenjournal 2/2008, S. 153, Einhefter S. 8)

Auf Grund der §§ 9, 10 Nr. 5 des Heilberufe-Kammergesetzes (HBKG) Baden-Württemberg in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. S. 314), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung heilberufsrechtlicher Vorschriften vom 11. Oktober 2007 (GBl. S. 473, 474), hat die Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer am 8. März 2008 folgende Satzung beschlossen:

### **§ 1**

#### **Wahlverfahren**

(1) Die Wahl zur Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer (Kammer) erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf Grund von Listenvorschlägen getrennt für die drei Berufsgruppen der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sowie der freiwilligen Mitglieder (§ 3 Abs. 4 Satz 1 Hauptsatzung) als Briefwahl. Die Wahlperiode der Vertreterversammlung richtet sich nach § 7 Abs. 1 der Hauptsatzung.

(2) Wird für eine Berufsgruppe nur ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, erfolgt die Wahl für die Vertreter dieser Gruppe abweichend von der Maßgabe nach Abs. 1 als Mehrheitswahl.

### **§ 2**

#### **Wahlbezirk**

Die Wahl wird in einem Wahlkreis durchgeführt. Der Wahlkreis ist der Bereich des Landes Baden-Württemberg.

### **§ 3**

#### **Art und Zusammensetzung des Wahlausschusses**

(1) Der Vorstand der Kammer beruft zur Durchführung der Wahl zur Vertreterversammlung für die Wahlperiode einen Wahlausschuss. Dieser besteht aus dem Wahlleiter und zwei Beisitzern. Für den Wahlleiter und die Beisitzer sind persönliche Stellvertreter zu berufen.

(2) Der Wahlleiter und sein Stellvertreter dürfen nicht Mitglieder der Kammer sein; sie dürfen nicht bei der Kammer beschäftigt sein und müssen über eine entsprechende Erfahrung und Befähigung verfügen. Den Vorsitz im Wahlausschuss führt der

Wahlleiter oder bei Verhinderung der Stellvertreter. Sitz des Wahlausschusses ist der Sitz der Kammer.

(3) Die Beisitzer und ihre Stellvertreter müssen Mitglieder der Kammer sein. Sie dürfen nicht Wahlbewerber sein. Ein Beisitzer muss ein Psychologischer Psychotherapeut, der andere ein Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut sein.

#### **§ 4**

##### **Verfahren des Wahlausschusses**

(1) Der Wahlausschuss ist bei Anwesenheit des Wahlleiters oder seines Stellvertreters und mindestens eines Beisitzers bzw. der Stellvertretung beschlussfähig. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(2) Zu den Sitzungen des Wahlausschusses, die sich mit der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses befassen (§§ 19 - 22), haben die Wahlberechtigten Zutritt. Ort und Zeitpunkt der Sitzungen sind den Wahlberechtigten auf Anfrage durch den Vorsitzenden des Wahlausschusses mitzuteilen.

(3) Die Bekanntmachungen des Wahlausschusses und des Wahlleiters erfolgen durch die Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Kammer oder durch die schriftliche Benachrichtigung der Wahlberechtigten.

#### **§ 5**

##### **Wahlvorbereitungen**

(1) Die Wahlzeit beginnt mit der Aussendung der Wahlunterlagen an die Wahlberechtigten durch die Kammer (vgl. § 15). Der Präsident setzt den Tag fest, bis zu dem das Wahlrecht ausgeübt werden muss (Wahlfrist).

(2) Der Wahlleiter der Kammer veröffentlicht spätestens drei Monate vor Ende der Wahl im Psychotherapeutenjournal oder durch besonderes Rundschreiben an die Kammermitglieder und auf der Homepage der Kammer ([www.lpk-bw.de](http://www.lpk-bw.de)):

- a) Auflegungstermin mit Ortsangabe und Auflegungszeit des Wählerverzeichnisses zur Einsicht für die Wahlberechtigten
- b) Aufruf, Termin und Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen
- c) Ablauf der Wahlfrist
- d) die Namen und Anschriften des Wahlleiters und des Stellvertreters,
- e) die Namen der Beisitzer des Wahlausschusses und ihrer Stellvertreter und
- f) eine Erläuterung des Wahlverfahrens, insbesondere bezüglich der drei getrennten Wahlgänge der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sowie der freiwilligen Mitglieder (§ 3 Abs. 4 Satz 1 Hauptsatzung).

#### **§ 6**

##### **Zuständigkeit des Wahlausschusses**

Die Zuständigkeit des Wahlausschusses regelt sich nach den Vorschriften dieser Wahlordnung.

#### **§ 7**

### **Zahl der zu wählenden Vertreter der Kammer**

- (1) Die Mitglieder der Vertreterversammlung sind von den Kammermitgliedern der Berufsgruppe der Psychologischen Psychotherapeuten, der Berufsgruppe der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sowie der Berufsgruppe der freiwilligen Mitglieder (§ 3 Abs. 4 Satz 1 Hauptsatzung) in getrennten Wahlgängen zu wählen.
- (2) Die Kammermitglieder mit einer Approbation oder einer Erlaubnis zur Berufsausübung als Psychologischer Psychotherapeut und einer Approbation oder Erlaubnis zur Berufsausübung als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut entscheiden bei der Wahl, in welcher der beiden Berufsgruppen sie ihr Wahlrecht ausüben wollen. Sie können sich nur für einen Vorschlag aus einer der beiden Berufsgruppen entscheiden: Geben sie ihre Stimme einem Wahlvorschlag aus der Gruppe der Psychologischen Psychotherapeuten, wird diese Stimme dieser Gruppe zugezählt; bei Stimmabgabe für einen Wahlvorschlag aus der Gruppe der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten gilt Entsprechendes. Die freiwilligen Mitglieder (§ 3 Abs. 4 Satz 1 Hauptsatzung) können sich nur für den Vorschlag ihrer Berufsgruppe entscheiden.
- (3) Die Vertreterversammlung der Kammer setzt sich zusammen aus
  - a) den gewählten Vertretern der Gruppe der Psychologischen Psychotherapeuten, den gewählten Vertretern der Gruppe der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und den gewählten Vertretern der Gruppe der freiwilligen Mitglieder (§ 3 Abs. 4 Satz 1 Hauptsatzung). Die Gesamtzahl der zu wählenden Vertreter beträgt 42. Davon stehen der Gruppe der freiwilligen Mitglieder (§ 3 Abs. 4 Satz 1 Hauptsatzung) zwei Vertreter fest zu; gewählt sind die mit der jeweils höchsten Stimmenzahl ihrer Berufsgruppe, Abs. 4 findet insoweit keine Anwendung.
  - b) dem Vertreter der Universitäten (gemäß § 11 Abs. 2 Heilberufes-Kammergesetz - HBKG).
- (4) Der Wahlausschuss errechnet nach der Auszählung der Stimmen die Anzahl der auf die Berufsgruppe der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten entfallenden Sitze in der Vertreterversammlung entsprechend dem prozentualen Anteil an der Gesamtheit der von diesen beiden Berufsgruppen abgegebenen Stimmen.
- (5) Für die zu wählenden Vertreter sind jeweils Ersatzpersonen in gleicher Anzahl zu wählen.

## **§ 8**

### **Wahlrecht und Wählbarkeit**

- (1) Wahlberechtigt und wählbar sind alle der Kammer zugehörigen Kammermitglieder (§ 13 HBKG), deren Wahlrecht und Wählbarkeit nicht gemäß § 14 HBKG verloren gegangen sind.
- (2) Ein Wahlberechtigter kann von seinem Wahlrecht nur Gebrauch machen, wenn er in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.
- (3) Wer erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses (§ 11) Kammermitglied wird, kann sich bis zum letzten Tag vor Ablauf der Wahlfrist bei der Kammer die

Wahlunterlagen aushändigen lassen. In diesem Fall veranlasst der Wahlleiter unverzüglich die Ergänzung des Wählerverzeichnisses.

## **§ 9**

### **Fertigung und Auflegung des Wählerverzeichnisses**

(1) Der Wahlleiter veranlasst die Erstellung des Wählerverzeichnisses. Dabei sind die vier Untergruppen (Psychologische Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, die beiden Heilberufen zugehörigen Psychotherapeuten sowie die freiwilligen Mitglieder - § 3 Abs. 4 Satz 1 Hauptsatzung) getrennt aufzuführen. Innerhalb dieser Untergruppen sind die Wahlberechtigten in alphabetischer Reihenfolge mit Name, Vorname und Wohnort aufzuführen.

(2) Der Wahlleiter veranlasst, dass in der Geschäftsstelle der Kammer und den von ihm bestimmten Stellen das Wählerverzeichnis mindestens zehn Tage lang zur Einsichtnahme für die Wahlberechtigten aufliegt.

(3) Die Auflegung des Wählerverzeichnisses ist mit Ortsangabe, Angabe der Auflegungsfrist und der Zeiten, zu denen Einsicht genommen werden kann, bekannt zu machen (§ 4 Abs. 3).

(4) Das Wählerverzeichnis wird bis zum letzten Tag vor Ablauf der Wahlfrist vom Wahlausschuss berichtigt oder ergänzt.

## **§ 10**

### **Einspruch gegen das Wählerverzeichnis**

(1) Jeder Wahlberechtigte, der das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann die Berichtigung während seiner Auflegung beantragen. Wird der Verlust des Wahlrechts einer Person erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses bekannt, so ist dies in einem Anhang festzustellen. Die Betroffenen sind zu benachrichtigen.

(2) Der Wahlausschuss entscheidet über die Berichtigung des Wählerverzeichnisses und benachrichtigt den Betroffenen und gegebenenfalls den Antragsteller.

(3) Dem Betroffenen steht das Recht zu, binnen einer Woche nach Benachrichtigung beim Wahlausschuss Einspruch schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

## **§ 11**

### **Abschluss des Wählerverzeichnisses**

Das Wählerverzeichnis wird vom Wahlausschuss nach Ende der Auslegungsfrist abgeschlossen und vom Wahlleiter beurkundet.

## **§ 12**

### **Wahlvorschläge**

(1) Nach Abschluss des Wählerverzeichnisses muss innerhalb einer Frist von acht Tagen die Prüfung und ggf. die Änderung der Wahlvorschläge auf Übereinstimmung mit dem Wählerverzeichnis erfolgen.

(2) Die Wahlvorschläge sind für die drei Berufsgruppen (Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sowie die freiwilligen Mitglieder - § 3 Abs. 4 Satz 1 Hauptsatzung) getrennt zu erstellen.

(3) Die Wahlvorschläge sind in Form von Listen beim Wahlleiter einzureichen (§ 5

Abs. 2 Buchst. b). Die Wahlvorschläge dürfen nur Kandidaten enthalten, die nach § 8 Abs. 1 dieser Wahlordnung wählbar sind. Die einzelnen Kandidaten müssen auf den Wahlvorschlägen mit laufenden Ziffern versehen sein.

(4) Eine Kandidatur ist nur auf einem Wahlvorschlag zulässig.

(5) Der Wahlvorschlag soll ein Kennwort erhalten. Fehlt ein solches, so gilt der Name des an erster Stelle stehenden Kandidaten als Kennwort. Der erste Unterzeichner oder eine vom Wahlvorschlag benannte Person gilt als Listensprecher.

(6) Den Wahlvorschlägen müssen Erklärungen der Kandidaten beigefügt sein, dass sie der Aufnahme in den Wahlvorschlag zustimmen. Für die Übermittlung der Erklärungen genügt die Schriftform.

(7) Ein Wahlvorschlag muss mindestens von zehn Wahlberechtigten durch Unterzeichnung des Wahlvorschlags oder Beifügen einer schriftlich abgefassten Erklärung unterstützt sein.

(8) Im Einzelnen sind im Wahlvorschlag zur Person des Kandidaten folgende Angaben aufzunehmen:

a) Name und Vorname.

b) gegebenenfalls akademische Grade.

c) Approbation, Erlaubnis zur Berufsausübung als Psychologischer Psychotherapeut, Approbation oder Erlaubnis zur Berufsausübung als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut oder der Status als freiwilliges Mitglied gem. § 3 Abs. 4 Satz 1 Hauptsatzung.

d) Niederlassungs- oder Beschäftigungsort. Soweit der Kandidat seinen Beruf nicht ausübt, ist der Wohnsitz anzugeben.

Wenn bei gleichen Angaben die Personen der Kandidaten nicht unzweifelhaft erkennbar sind, sind weitere Angaben zur Identität zulässig und geboten.

### **§ 13**

#### **Zulassung der Wahlvorschläge**

(1) Der Wahlleiter prüft die eingereichten Wahlvorschläge und veranlasst die Beseitigung von Mängeln. Nach Ablauf der Einreichungsfrist können jedoch fehlende erforderliche Unterschriften nicht nachgeholt werden (§ 12 Abs. 7).

(2) Über die Zulassung der Wahlvorschläge entscheidet der Wahlausschuss innerhalb einer Woche nach Ablauf der Einreichungsfrist.

(3) Die Zurückweisung eines Wahlvorschlags ist dem Listensprecher (§ 12 Abs. 5 Satz 2) unverzüglich zuzustellen.

(4) Gegen die Zurückweisung eines Wahlvorschlags kann binnen einer Woche nach der Benachrichtigung beim Wahlausschuss Einspruch eingelegt werden.

### **§ 14**

#### **Ausstellung von Stimmzetteln**

(1) Für die zugelassenen Wahlvorschläge lässt der Wahlausschuss die Stimmzettel fertigen. Zur besonderen Kenntlichmachung der drei getrennten Wahlverfahren für die Berufsgruppen der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sowie der Personen, die freiwilliges Mitglied (§ 3 Abs. 4 Satz 1 Hauptsatzung) der Kammer sind, sind die Stimmzettel in drei unterschiedlichen Farben zu erstellen. Ansonsten müssen sie in Form und Schriftbild einheitlich gestaltet sein.

(2) Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf den Stimmzetteln wird vom Wahlausschuss durch Los ermittelt.

## **§ 15**

### **Versendung der Stimmzettel**

(1) Der Wahlleiter versendet an jeden Wahlberechtigten spätestens einen Monat vor Ende der Wahlfrist:

- a) die Stimmzettel (§ 14) entsprechend der Eintragung in das Wählerverzeichnis,
- b) den Wahlumschlag ohne nähere Kennzeichnung zur Aufnahme der Stimmzettel. Der Wahlumschlag ist mit dem Dienstsiegel der Kammer und dem Aufdruck „Wahlumschlag“ zu versehen,
- c) den äußeren Briefumschlag („Stimmbrief“) mit der Anschrift des Wahlleiters, dem Namen und der Anschrift des Wahlberechtigten und die Aufdrucke „Wahl“, „Antwort“ und „Entgelt bezahlt Empfänger“,
- d) einen Hinweis auf die Frist, innerhalb derer das Wahlrecht ausgeübt sein muss.

(2) Der Wahlleiter kann den Unterlagen Erläuterungen über die Ausübung des Stimmrechts beifügen.

## **§ 16**

### **Stimmabgabe**

(1) Jeder Stimmberechtigte hat für die Wahl eine Stimme.

(2) Zur Stimmabgabe kennzeichnet der Wähler auf dem Stimmzettel den Kandidaten, dem er seine Stimme geben will, durch ein Kreuz oder in sonst eindeutig erkennbarer Weise. Wahlberechtigte, die den beiden Berufsgruppen der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten angehören, entscheiden mit der Auswahl eines der ihnen zugesandten beiden Stimmzettel, in welcher Berufsgruppe sie wählen wollen (§ 7 Abs. 2).

(3) Ist auf dem Stimmzettel für eine Berufsgruppe nur ein Wahlvorschlag genannt, wird die Wahl für die Vertreter dieser Gruppe entsprechend § 1 Abs. 2 als Mehrheitswahl durchgeführt.

(4) Der Wähler legt den Stimmzettel in den Wahlumschlag (§ 15 Abs. 1 Buchst. b), der keine sonstigen Kennzeichen und keinen sonstigen Inhalt aufweisen darf. Dieser Umschlag wird in den Stimmbrief (§ 15 Abs. 1 Buchst. c) gelegt. Dieser ist zu verschließen, zur Post zu geben oder beim Wahlleiter abzugeben.

(5) Die Wahlfrist ist gewahrt, wenn der Brief ausweislich des Poststempels am letzten Tag der Wahl zur Beförderung gegeben oder bis zu diesem Zeitpunkt beim Wahlleiter eingegangen ist.

## **§ 17**

### **Listenführung über den Eingang der Stimmbriefe; Hilfskräfte**

(1) Der Eingang der Stimmbriefe wird von dem Wahlleiter mit Angabe des Eingangstags in der Stimmbriefliste vermerkt.

(2) Die Stimmbriefe werden bis zur Auszählung ungeöffnet unter Verschluss gehalten.

(3) Der Wahlausschuss ist berechtigt, geeignete Hilfskräfte unter seiner Weisung und Aufsicht für den gesamten Wahlablauf hinzuziehen.

## § 18

### **Einbringung der Wahlumschläge in die Wahlurne**

- (1) Nach Ablauf der Frist zur Stimmabgabe überprüft der Wahlausschuss die Übereinstimmung der eingegangenen äußeren Umschläge mit der Wählerliste und vermerkt dort die erfolgte Abstimmung.
- (2) Wenn über die Person oder das Wahlrecht des Stimmbriefabsenders oder über die Gültigkeit des Stimmbriefes Zweifel bestehen, entscheidet der Wahlausschuss über dessen Gültigkeit.
- (3) Die Stimmbriefe werden geöffnet, die darin liegenden Wahlumschläge werden ungeöffnet in eine Urne gelegt. Ist der Stimmbrief unverschlossen, ist die Stimmabgabe ungültig. Bestehen Zweifel über die Gültigkeit, entscheidet darüber der Wahlausschuss.
- (4) Beanstandungen des Wahlausschusses nach den Absätzen 2 und 3 werden in der Stimmbriefliste (§ 17) vermerkt. Die nicht spätestens sieben Tage nach Ablauf der Wahlfrist eingegangenen oder die für ungültig erklärten Stimmbriefe werden ungeöffnet der Stimmbriefliste beigelegt. Die für ungültig erklärten Wahlumschläge sind mit den dazugehörigen Stimmbriefen ebenfalls der Stimmbriefliste beizufügen.

## § 19

### **Prüfung und Zählung der Stimmzettel; Datenverarbeitungsanlage**

- (1) Die Wahlumschläge werden der Wahlurne entnommen und geöffnet. Bei jedem Stimmzettel wird festgestellt, ob er gültig ist. Bei Zweifel über die Gültigkeit eines Stimmzettels entscheidet der Wahlausschuss.
- (2) Ungültig sind Stimmzettel:
  - a) wenn für die Stimmabgabe andere als die dem Wähler zugesandten Stimmzettel, Stimmbriefe und Wahlumschläge (§ 15 Abs. 1 Buchst. a, b und c) verwendet sind,
  - b) wenn sie außer der Kenntlichmachung nach § 16 Abs. 2 Zusätze enthalten,
  - c) wenn mehr als nur eine Stimme abgegeben wurde,
  - d) wenn der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei zu erkennen ist.
- (3) Die Kammer ist mit Zustimmung des Wahlausschusses berechtigt, eine geeignete automatische Datenverarbeitungsanlage für die Zählung der Stimmzettel einzusetzen.

## § 20

### **Verteilung der Sitze; Verwahrung der Wahlunterlagen**

- (1) Die Anzahl der zu wählenden Vertreter der beiden Berufsgruppen (Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten) wird vom Wahlausschuss nach dem Verhältnis der für beide Berufsgruppen abgegebenen gültigen Stimmen berechnet; bezüglich der freiwilligen Mitglieder (§ 3 Abs. 4 Satz 1 Hauptsatzung) findet § 7 Abs. 3 a) Satz 3 Anwendung.
- (2) Wurde in einer Berufsgruppe nur ein Wahlvorschlag eingereicht, wird dabei nach dem Prinzip der relativen Mehrheitswahl verfahren. Dabei sind diejenigen Kandidaten gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Die Ersatzpersonen werden in der Reihenfolge der Zahl der auf sie entfallenden Stimmen ermittelt. Es sind maximal so viele Ersatzpersonen wie Vertreter je Berufsgruppe zu bestimmen.
- (3) Bei der Verteilung der zu vergebenden Sitze auf mehrere Wahlvorschläge ist das

Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers anzuwenden. Die auf einen Listenwahlvorschlag nach Satz 1 entfallenden Sitze erhalten die Kandidaten dieses Wahlvorschlags mit den höchsten Stimmzahlen. Die nicht gewählten Kandidaten sind Ersatzpersonen in der Reihenfolge ihrer Stimmzahlen. Bei gleichen Stimmzahlen entscheidet das von der dem Wahlleiter zu ziehende Los. Es sind maximal so viele Ersatzpersonen wie Vertreter je Berufsgruppe zu bestimmen.

(4) Ergibt die Berechnung mehr Sitze für einen Wahlvorschlag, als Kandidaten auf ihm vorhanden sind, so bleiben die übrigen Sitze bis zum Ablauf der Wahlperiode unbesetzt.

(5) Haben weniger Kandidaten Stimmen erhalten, als dem Listenwahlvorschlag nach Abs. 3, Satz 1 zustehen würden, dann werden die übrigen Sitze gemäss der Reihenfolge im Listenwahlvorschlag verteilt.

(6) Nach Feststellung des Wahlergebnisses werden die Wählerverzeichnisse, Stimmzettel und die bis zur Feststellung des Wahlergebnisses verspätet eingegangenen Wahlbriefe in Paketen zusammengefasst und versiegelt. Der Kammervorstand verwahrt die Wahlunterlagen bis zu ihrer Vernichtung und stellt sicher, dass sie Unbefugten nicht zugänglich werden. Die Wahlakten sind bis zum Ablauf der Wahlperiode bei der Landespsychotherapeutenkammer aufzubewahren.

## **§ 21**

### **Annahme der Wahl; Bekanntmachung**

(1) Der Wahlleiter setzt die Gewählten schriftlich von ihrer Wahl unter Hinweis darauf, dass sie zur Annahme und Ausübung ihres Amtes nach § 16 HBKG verpflichtet sind, in Kenntnis.

(2) Der Wahlleiter teilt das Ergebnis der Wahl dem Präsidenten der Kammer unverzüglich mit. Der Präsident gibt das Ergebnis der Wahl im Mitteilungsblatt der Kammer oder durch besonderes Rundschreiben und auf der Homepage der Kammer innerhalb von zwei Wochen bekannt.

## **§ 22**

*(aufgehoben)*

## **§ 23**

### **Nachrücken von Ersatzpersonen, Ersatzwahl**

(1) Lehnt der Gewählte die Wahl ab, oder scheidet er vor Annahme der Wahl aus, so wird er durch eine Ersatzperson ersetzt (§ 20 Abs. 2 und 3).

(2) Die Feststellungen nach Abs.1 trifft der Wahlleiter.

(3) Scheidet ein Mitglied der Vertreterversammlung aus, so wird es durch eine Ersatzperson ersetzt.

(4) Die Feststellungen nach Absatz 3 trifft der Präsident der Kammer oder, wenn Zweifel bestehen, die Vertreterversammlung. Die Vorschriften des § 21 und der Absätze 1 und 2 finden entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Wahlleiters der Präsident der Kammer tritt.

## § 24

### Wahlprüfung

- (1) Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl sowie die Feststellung des Wahlergebnisses unterliegen der Wahlprüfung.
- (2) Das Wahlprüfungsverfahren wird nur auf Einspruch durchgeführt.
- (3) Zum Einspruch ist berechtigt:
  - a) jedes Kammermitglied,
  - b) der Wahlleiter oder sein Stellvertreter.
- (4) Der Einspruch ist innerhalb eines Monats nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses gemäß § 21 beim Wahlausschuss schriftlich einzulegen und unter Angabe der Beweismittel zu begründen.
- (5) Der Wahlausschuss übersendet den Einspruch mit seiner Stellungnahme sowie den Wahlunterlagen an den Vorsitzenden des Wahlprüfungsausschusses.
- (6) Der Einspruch kann nur darauf gestützt werden, dass
  - a) ein Mitglied oder eine Ersatzperson der Kammerversammlung nicht wählbar gewesen sei oder
  - b) wesentliche Fehler bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl oder der Feststellung des Wahlergebnisses unterlaufen seien und hierdurch die Verteilung der Sitze in der Kammerversammlung oder die Anwartschaft als Ersatzperson auf einen solchen Sitz beeinträchtigt worden sei.
- (7) Über die Einsprüche entscheidet der Wahlprüfungsausschuss.

## § 25

### Wahlprüfungsausschuss

- (1) Der Wahlprüfungsausschuss wird vom Vorstand der Kammer berufen. Er besteht aus drei Mitgliedern und deren Stellvertretern. Ein Mitglied und dessen Stellvertreter müssen die Befähigung zum Richteramt haben, die übrigen müssen wahlberechtigte Kammermitglieder sein.
- (2) Zu Mitgliedern des Wahlprüfungsausschusses dürfen nicht berufen werden:
  - a) Mitglieder des Vorstandes der Kammer sowie Mitglieder des Vorstandes der abgelaufenen Wahlperiode,
  - b) Mitglieder des Wahlausschusses oder deren Stellvertreter,
  - c) Kandidaten aus Wahlvorschlägen,
  - d) bei der Kammer Beschäftigte.
- (3) Den Vorsitz im Wahlprüfungsausschuss führt das zum Richteramt befähigte Mitglied oder dessen Stellvertreter.
- (4) Der Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses bestellt für die mündliche Verhandlung einen Schriftführer.
- (5) Für das Verfahren des Wahlprüfungsausschusses sind die für das verwaltungsgerichtliche Verfahren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit sich nicht aus dieser Wahlordnung etwas Abweichendes ergibt.

## § 26

### Verfahren der Wahlprüfung

- (1) Der Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses bestimmt den Termin zur mündlichen Verhandlung und lädt dazu
  - a) diejenige Person, die den Einspruch eingelegt hat, sowie
  - b) den Kandidaten oder das Kammerversammlungsmittglied oder die Ersatzperson, die durch die Entscheidung unmittelbar betroffen sein könnte.
- (2) Die Ladungsfrist für die Beteiligten beträgt mindestens eine Woche. Haben mehrere Personen gemeinschaftlich Einspruch eingelegt, so genügt die Ladung eines Bevollmächtigten.
- (3) Mit gleicher Ladungsfrist sind von der mündlichen Verhandlung zu benachrichtigen:
  - a) Der Präsident der Kammer,
  - b) Der Wahlleiter.
- (4) Der Wahlprüfungsausschuss verhandelt in öffentlicher Sitzung; die Vorschrift des § 4 findet entsprechende Anwendung.
- (5) Erscheint im Termin zur mündlichen Verhandlung die Person, die den Einspruch eingelegt hat, nicht, so kann nach Lage der Akten entschieden werden.
- (6) Über die Verhandlung ist eine Niederschrift aufzunehmen, in der die wesentlichen Vorgänge der mündlichen Verhandlung wiederzugeben sind. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden des Wahlprüfungsausschusses und von dem Schriftführer zu unterzeichnen.
- (7) Bei der geheimen Beratung und Abstimmung des Wahlprüfungsausschusses dürfen nur Mitglieder oder deren Stellvertreter zugegen sein, die an der Verhandlung teilgenommen haben.

## § 27

### Ergebnis der Wahlprüfung

- (1) Stellt der Wahlprüfungsausschuss fest, dass der Einspruch nicht begründet ist, so erklärt er die Wahl für gültig.
- (2) Stellt der Wahlprüfungsausschuss fest, dass ein gewähltes Mitglied der Kammerversammlung oder eine Ersatzperson nicht wählbar gewesen ist, so berichtigt er dementsprechend das Wahlergebnis.
- (3) Stellt der Wahlprüfungsausschuss wesentliche Fehler und Beeinträchtigungen im Sinne des § 24 Abs. 6 Buchst. b fest, so berichtigt er das Wahlergebnis, wenn das nach der Art des Fehlers möglich ist, anderenfalls erklärt er die Wahl ganz oder teilweise für ungültig.
- (4) Wird das Wahlergebnis berichtigt, ist § 20 Abs. 6 entsprechend anzuwenden.
- (5) Im Beschluss des Wahlprüfungsausschusses sind Tatbestand und Gründe, auf denen die Entscheidung beruht, anzugeben. Wegen der Einzelheiten ist eine Bezugnahme auf den Akteninhalt zulässig.



## **§ 28**

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

- (1) Die Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und den Beteiligten (§ 26 Abs. 1) zuzustellen.
- (2) Gegen die Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses kann innerhalb eines Monats nach ihrer Zustellung Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben werden.
- (3) Wird das Wahlergebnis im Wahlprüfungsverfahren berichtigt, so findet nach Unanfechtbarkeit der Entscheidung die Bestimmung des § 23 Abs. 4 entsprechende Anwendung.

## **§ 28a**

### **Amtsantritt und Gültigkeit der Wahl**

- (1) Die gewählten Mitglieder treten ihr Amt nach ungenutztem Ablauf der Wahlprüfungsfrist (§ 24 Abs. 4) an.
- (2) Ist innerhalb der Wahlprüfungsfrist Einspruch eingelegt worden, so findet Abs. 1 entsprechend Anwendung, wenn entweder der Wahlprüfungsausschuss die Feststellung der Gültigkeit der Wahl getroffen (§ 27 Abs. 1) oder er eine Berichtigung (§ 27 Abs. 2 oder Abs. 3 1. Alternative) vorgenommen hat. Soweit eine Klage rechtshängig ist, üben die gewählten Mitglieder ihr Amt bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl kommissarisch aus.

## **§ 29**

### **Nachwahl**

- (1) Eine Nachwahl wird durchgeführt, wenn eine Wahl nicht stattgefunden hat, weil keine Wahlvorschläge eingereicht wurden oder keiner der eingereichten Wahlvorschläge zugelassen wurde. Eine Wiederholung dieser Nachwahl findet nicht statt.
- (2) Bei der Nachwahl wird nach dem für die Hauptwahl aufgestellten Wählerverzeichnis gewählt. Im Übrigen finden die Vorschriften über die Wahl entsprechende Anwendung.
- (3) Der Wahlausschuss kann im Einzelfall erforderliche Regelungen zur Anpassung der Nachwahl an besondere Verhältnisse treffen.

## **§ 30**

### **Neuwahl und Wiederholungswahl**

- (1) Wird im Wahlprüfungsverfahren die Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt (§ 27 Abs. 3), so ist das Wahlverfahren nur insoweit zu erneuern, als dies nach der Wahlprüfungsentscheidung erforderlich ist. Im Übrigen finden die Vorschriften über die Wahl entsprechende Anwendung.
- (2) Der Wahlausschuss bestimmt die Einzelheiten der Erneuerung des Wahlverfahrens gemäß der Wahlprüfungsentscheidung. Er kann in diesem Rahmen die erforderlichen Regelungen zur Anpassung an besondere Verhältnisse treffen.

## **§ 31**

### **Kosten der Wahl und der Wahlprüfung**

(1) Die durch die Vorbereitung und Durchführung der Wahl und der Wahlprüfung durch den Wahlprüfungsausschuss entstehenden Kosten trägt die Kammer.

(2) Die Mitglieder des Wahlausschusses und des Wahlprüfungsausschusses erhalten für jeden Tag ihrer Tätigkeit neben Ersatz der Fahrkosten eine Aufwandsentschädigung gemäß der Entschädigungs- und Reisekostenordnung der Landespsychotherapeutenkammer (ERKO).

## **§ 32**

(aufgehoben)

## **§ 33**

### **In-Kraft-Treten**

Die Wahlordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Zugleich tritt die Wahlordnung vom 28. Januar 2004 (Psychotherapeutenjournal 1/2004, S. 57; Einhefter S. 9), geändert durch Satzung vom 1. Juli 2006 (Psychotherapeutenjournal 3/2006, S. 286, Einhefter S. 2) außer Kraft.

Vorstehende Wahlordnung der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg wird nach Genehmigung gem. § 9 Abs. 3 und § 10 des Heilberufes-Kammergesetzes in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. S. 314), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung heilberufsrechtlicher Vorschriften vom 11. Oktober 2008 (GBl. S. 473, 474), mit Schreiben des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg vom 24. April 2008 (Az.: 55-5415.2-4.5.5), hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Stuttgart, den 25. April April 2008  
gez. Dipl.-Psych. Dr. Dietrich Munz  
Präsident der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg